

Kleine Anfrage

des Abg. Udo Stein AfD

und

Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Migration

Aktuelle Situation in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen (LEA) für Asylbewerber

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Anträge auf Asyl sind von Januar 2020 bis zum heutigen Tag in Baden-Württemberg gestellt worden?
2. Aus welchen Ländern stammen die Asylsuchenden?
3. Aus welchen Drittländern sind sie auf welchem Weg im Einzelnen nach Baden-Württemberg gelangt?
4. Wie viele der Asylsuchenden waren Frauen, Männer und wie viele davon Kinder welchen Geschlechts?
5. Bei wie vielen Asylsuchenden war die Nationalität aufgrund fehlender Ausweisdokumente nicht zu bestimmen?
6. Wie viele Plätze stehen in den LEA in Baden-Württemberg insgesamt zur Verfügung und wie viele sind davon aktuell belegt?
7. Welche ehemaligen in Betrieb befindlichen LEA möchte sie in naher Zukunft wieder reaktivieren?
8. Wie viele zusätzlichen Plätze würden mit den reaktivierten LEA zur Verfügung stehen?
9. Plant sie, die LEA in Ellwangen über das Jahr 2022 hinaus weiter zu betreiben?

29.11.2021

Stein AfD

Eingegangen: 30.11.2021 / Ausgegeben: 17.1.2022

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Begründung

Diese Kleine Anfrage dient der Informationsfindung. Sie soll ermitteln, wie sich die aktuelle Lage bezüglich ankommender Asylbewerber in Baden-Württemberg darstellt. Dies besonders mit Blick auf zur Verfügung stehende Kapazitäten im Land. Eine Situation, wie sie sich im Jahr 2015 darstellte, sollte vermieden werden. Auch eine bessere Aufklärung der Bürgerschaft über die Sachlage sollte angestrebt werden. Zu einer besseren Einschätzung der Lage soll daher mitunter diese Kleine Anfrage dienen.

Antwort

Mit Schreiben vom 23. Dezember 2021 beantwortet das Ministerium der Justiz und für Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Anträge auf Asyl sind von Januar 2020 bis zum heutigen Tag in Baden-Württemberg gestellt worden?

Zu 1.:

Im Jahr 2020 wurden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bundesweit 122.170 Asylanträge (102.581 Asylerstanträge und 19.589 Asylfolgeanträge) erfasst. Im Zeitraum Januar bis November 2021 waren es 172.370 Asylanträge (132.666 Asylerstanträge und 39.704 Asylfolgeanträge).

In Baden-Württemberg wurden ausweislich der BAMF-Statistik im Jahr 2020 13.119 Asylanträge (11.567 Asylerstanträge und 1.552 Asylfolgeanträge) und im Zeitraum Januar bis November 2021 18.788 Asylanträge (15.197 Asylerstanträge und 3.591 Asylfolgeanträge) bearbeitet.

2. Aus welchen Ländern stammen die Asylsuchenden?

Zu 2.:

Im Jahr 2020 entfallen gemäß der BAMF-Statistik bundesweit 35,5 Prozent der Asylerstantragstellenden auf die Staatsangehörigkeit Syrien, 9,7 Prozent auf die Staatsangehörigkeit Afghanistan und 9,6 Prozent auf die Staatsangehörigkeit Irak. Im Zeitraum Januar 2021 bis November 2021 entfallen 37,9 Prozent der Asylerstantragstellenden auf die Staatsangehörigkeit Syrien, 15,4 Prozent auf die Staatsangehörigkeit Afghanistan und 10 Prozent auf die Staatsangehörigkeit Irak. Weitere Staatsangehörigkeiten können der öffentlich zugänglichen BAMF-Statistik „Aktuelle Zahlen“ entnommen werden. Eine Aufschlüsselung für Baden-Württemberg enthält die BAMF-Statistik nicht.

3. Aus welchen Drittländern sind sie auf welchem Weg im Einzelnen nach Baden-Württemberg gelangt?

Zu 3.:

Hierzu liegen dem Ministerium der Justiz und für Migration keine gesicherten Informationen vor. Eine sogenannte Reisewegsbefragung erfolgt erst durch das BAMF im Rahmen des Asylverfahrens.

4. Wie viele der Asylsuchenden waren Frauen, Männer und wie viele davon Kinder welchen Geschlechts?

Zu 4.:

Im Jahr 2020 lag ausweislich der BAMF-Statistik die Anzahl männlicher Asyl-erstantragsteller bundesweit bei 59.359 Personen (57,9 Prozent), davon waren 29.435 Personen unter 18 Jahre. Die Anzahl weiblicher Asyl-erstantragstellerinnen lag bei 43.222 Personen (42,1 Prozent), davon waren 25.902 Personen unter 18 Jahre. Insgesamt waren 53,9 Prozent der Asyl-erstantragstellenden minderjährig.

Im Zeitraum Januar bis November 2021 lag die Anzahl männlicher Asyl-erstantragsteller bundesweit bei 77.670 Personen (58,5 Prozent), davon waren 35.782 Personen unter 18 Jahre. Die Anzahl weiblicher Asyl-erstantragstellerinnen lag bei 54.996 Personen (41,5 Prozent), davon waren 30.947 Personen unter 18 Jahre. Insgesamt waren 50,3 Prozent der Asyl-erstantragstellenden minderjährig.

Eine Aufschlüsselung nach Ländern enthält die BAMF-Statistik nicht.

5. Bei wie vielen Asylsuchenden war die Nationalität aufgrund fehlender Ausweisdokumente nicht zu bestimmen?

Zu 5.:

In der BAMF-Statistik werden für das Jahr 2020 bundesweit insgesamt 3.903 Asyl-erstantragstellende (3,8 Prozent) und für den Zeitraum Januar bis November 2021 insgesamt 4.507 Asyl-erstantragstellende (3,4 Prozent) mit ungeklärter Staatsangehörigkeit ausgewiesen. Die Ursachen für eine ungeklärte Staatsangehörigkeit werden in der BAMF-Statistik nicht aufgeführt.

Eine Aufschlüsselung nach Ländern enthält die BAMF-Statistik nicht.

6. Wie viele Plätze stehen in den LEA in Baden-Württemberg insgesamt zur Verfügung und wie viele sind davon aktuell belegt?

Zu 6.:

Aktuell sind in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Baden-Württemberg insgesamt rund 6.300 Unterbringungsplätze bei Regelbelegung vorhanden. Jedoch nimmt die aufgrund der Coronapandemie erforderliche Separierung von neuankommenden Personen, die Absonderung von Verdachtsfällen, Kontaktpersonen und Positivfällen sowie die erforderliche Kontaktreduzierung und Einhaltung von Mindestabständen Kapazitäten in Anspruch, die somit für die reguläre Unterbringung nicht genutzt werden können. Daher können die grundsätzlich zur Verfügung stehenden Plätze pandemiebedingt mit weniger Personen belegt werden. Bis Jahresende werden daher weitere Plätze geschaffen. Derzeit erfolgen die Vorbereitungen für eine interimswise Nutzung des ehemaligen Sportplatzgeländes der LEA Freiburg durch Wohncontainer mit rund 300 Unterbringungsplätzen als kurzfristig umsetzbare Maßnahme.

Derzeit sind in den Erstaufnahmeeinrichtungen rund 4.200 Personen untergebracht (Stand 6. Dezember 2021).

7. Welche ehemaligen in Betrieb befindlichen LEA möchte sie in naher Zukunft wieder reaktivieren?

Zu 7.:

Aufgrund der deutlich angestiegenen Zugangszahlen nach Baden-Württemberg in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 und der aufgrund der Coronapandemie reduzierten Belegungsmöglichkeit der bestehenden Unterbringungskapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen prüft das Ministerium der Justiz und für Migration

die Verfügbarkeit möglicher weiterer Liegenschaften im gesamten Land. Ziel des Ministeriums der Justiz und für Migration ist es auch, weitere Unterbringungs-kapazitäten in der Erstaufnahme aufzubauen, um Vorsorge für möglicherweise weiter ansteigende Zugangszahlen zu schaffen.

Dazu gehört auch die Prüfung einer möglichen Nutzung von Teilbereichen der ehemaligen Zollernalb-Kaserne in Meßstetten, in der von Oktober 2014 bis Ende 2017 bereits eine Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) betrieben wurde. Das Ministerium der Justiz und für Migration steht derzeit mit der Stadt Meßstetten und dem Zollernalbkreis in Gesprächen bezüglich der erneuten Nutzung entsprechender Teilflächen.

Weiterhin erfolgt eine Prüfung, ob die ehemals als Erstaufnahmeeinrichtung genutzte Bleidorn-Kaserne in Ulm wieder für Zwecke der Flüchtlingserstaufnahme genutzt werden könnte. Ein Ergebnis der Prüfung liegt noch nicht vor.

8. Wie viele zusätzlichen Plätze würden mit den reaktivierten LEA zur Verfügung stehen?

Zu 8.:

Die genaue Platzanzahl bei einer möglichen Reaktivierung kann zum Zeitpunkt der Beantwortung der Anfrage noch nicht spezifiziert werden.

9. Plant sie, die LEA in Ellwangen über das Jahr 2022 hinaus weiter zu betreiben?

Zu 9.:

Die LEA Ellwangen hat sich bewährt und kann aufgrund der geltenden bundesgesetzlichen Regelung mietzinsfrei genutzt werden. Die bestehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Ellwangen und dem Ostalbkreis u. a. zum Betrieb der ehemaligen Reinhardt-Kaserne in Ellwangen für die Erstaufnahme von Asylsuchenden durch das Land soll daher rechtzeitig vor Ablauf zwischen den Parteien besprochen werden.

Gentges

Ministerin der Justiz
und für Migration